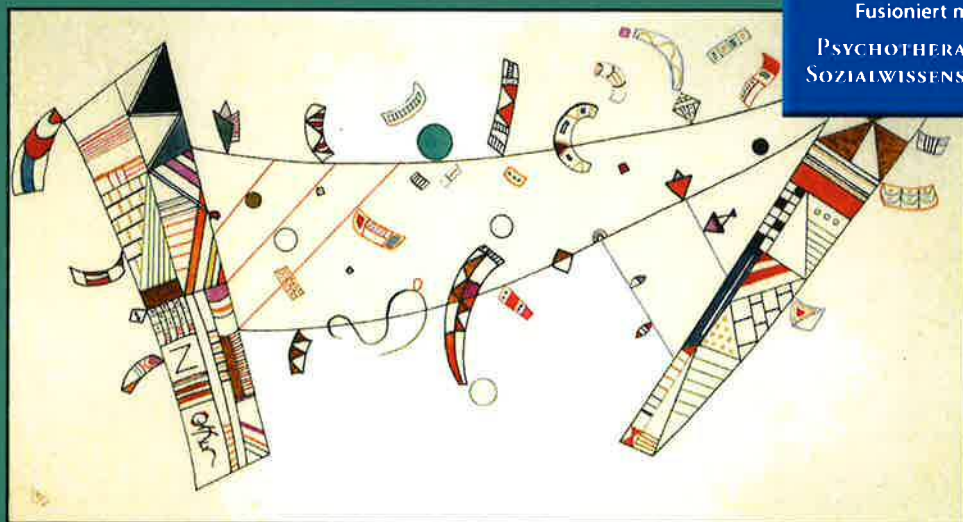


psychosozial

Herausgegeben von Michael B. Buchholz, Pradeep Chakkarath, Oliver Decker, Jörg Frommer, Benigna Gerisch, Rolf Haubl, Marie-Luise Hermann, Vera King, Carlos Kölbl, Joachim Küchenhoff, Jan Lohl, Katja Sabisch, Jürgen Straub und Hans-Jürgen Wirth

ISSN 0171-3434 • 39. Jahrgang • Nr. 143 • 2016 • Heft I



Fusioniert mit
PSYCHOTHERAPIE &
SOZIALWISSENSCHAFT

143

Schwerpunktthema:
**Postwachstumsgesellschaft –
Subjektivität – Demokratie**
Herausgegeben von
Oliver Decker und Dennis Eversberg

www.psychosozial-verlag.de

Psychosozial-Verlag

Inhalt

Schwerpunktthema: Postwachstumsgesellschaft – Subjektivität – Demokratie		Besitzindividualismus, Subjektivität und Fetischismus OLIVER DECKER	69
Editorial	5	Wachstumskritik als freiwillige Selbstreorganisation	81
Die Zukunft liegt im Dunkeln Dynamiken von Wachstum und künstlicher Beleuchtung in der Moderne MICHAELA CHRIST	11	Versuch, uns und anderen die Degrowth- Bewegung zu erklären DENNIS EVERSBERG	
Institutionalisierung von Optimierung Organisationen als intermediärer Ort der Fortschrittsgestaltung DIANA LINDNER	25	Freier Beitrag Psychoanalytische Erkenntnis in der französischen Zeitgeschichte und Philosophie: Henry Rousso und Paul Ricœur	99
Grenzen des Wachstums? Resiliente Subjektivität im Krisenkapitalismus STEFANIE GRAEFE	39	ELLEN REINKE	
Das Postdemokratische Diskursquartett Kommunikative Praxis in der simulativen Demokratie INGOLFUR BLÜHDORN	51	Rezensionen	123

Das Postdemokratische Diskursquartett

Kommunikative Praxis in der simulativen Demokratie

Ingolfur Blühdorn

Zusammenfassung

Das Modell der *Simulativen Demokratie* behauptet, dass sich im Zuge einer *Emanzipation zweiter Ordnung* die normativen Grundlagen des demokratischen Projekts fundamental verändert haben, und bemüht sich die neue Erscheinungsform der Demokratie begrifflich zu fassen, die sich jenseits der *postdemokratischen Wende* herausbildet. Zu deren zentralen Kennzeichen gehört erstens ein hochgradig ambivalentes Verhältnis moderner Bürger zu demokratischen Werten und Verfahren und zweitens die kommunikativen Verfahren (Simulationsdiskurse), mit deren Hilfe diese Ambivalenz gesellschaftlich bewältigt wird. Der vorliegende Aufsatz beleuchtet die Eigenheiten der *postdemokratischen Konstellation* und konkretisiert die Arenen, Akteure und Inhalte gesellschaftlicher Simulationspraxis.

Schlüsselwörter: simulative Demokratie, postdemokratische Wende, Emanzipation zweiter Ordnung, progressive Politik, Postwachstumsgesellschaft

Abstract

Communicative practices in simulative democracy

The model of *simulative democracy* asserts that in the wake of *second-order emancipation* the normative foundations of democracy have fundamentally changed. It endeavours to conceptualise the new form of democracy that emerges beyond the *post-democratic turn*. The latter's distinctive features include, inter alia, the highly ambivalent relationship of modern citizens to democratic values and procedures and the communicative strategies (discourses of simu-

lation) by means of which this ambivalence is socially processed. The present article explores the particular character of the *post-democratic constellation* and the arenas, actors and substance of societal practices of simulation.

Keywords: simulative democracy, post-democratic turn, second-order emancipation, progressive politics, post-growth society

1. Einleitung

Der beängstigende Zulauf, dessen sich populistische Bewegungen und illiberale, anti-egalitäre, nationalchauvinistische Ressentiment-Parteien derzeit erfreuen, zeigt erneut, in welchem Tempo nicht nur das Vertrauen in die bestehenden demokratischen Institutionen erodiert, sondern auch das in die Demokratie überhaupt. Waren Demokratie und Demokratisierung über Jahrzehnte der Kern jeder progressiv-emanzipatorischen Agenda, machen sich inzwischen eine tiefe Enttäuschung und Ernüchterung breit. Zwar bekennen sich die meisten gesellschaftlichen Akteure weiterhin zu demokratischen Werten, und in Meinungsumfragen bleibt die festgestellte Zustimmung zur Demokratie hoch. Aber wir beobachten nicht nur die faktische Aussetzung demokratischer Verfahren etwa durch die Herrschaft der Finanzmärkte oder internationaler, nicht demokratisch legitimierter Institutionen wie der EU oder des IWF, sondern die Demokratie gerät auch normativ unter Druck. Tatsächlich zeichnet sich im gleichen Maße wie demokratische Strukturen sich als dauerhaft und systematisch unfä-

hig erweisen, traditionell mit ihnen verbundene Versprechen wie soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit einzulösen, und auch zur Bewältigung aktuell drängender Probleme wie der Flüchtlings-, Klima- oder Nachhaltigkeitskrise kaum tauglich erscheinen, eine Legitimationskrise der Demokratie ab (z. B. Hoppe, 2003; Shearman & Smith, 2007; Dean, 2009a). Die hergebrachte emanzipatorische Forderung, mehr Demokratie zu wagen, erscheint nicht mehr unbedingt als progressiv und produktiv. Vielmehr erscheint die Demokratie immer öfter selbst als Teil des Problems.

Diese Verschiebungen werden – durchaus im Gleichklang mit den Narrativen populistischer Bewegungen – gern als Folge davon erklärt, dass gesellschaftliche Machteliten die Demokratie ausgehöhlt und verbogen hätten zu einer *Postdemokratie*, in der die Fassade der demokratischen Institutionen zwar noch erhalten bleibe, in der die wesentlichen Entscheidungen aber – wieder – hinter verschlossenen Türen und ausschließlich nach Maßgabe gut organisierter Interessengruppen getroffen würden (Crouch, 2008). Als kritische Ergänzung dieser Diagnose, die sich vor allem als Mobilisierungsmotor für einen neuen Anlauf begreift, die Demokratie für die Bürger zurückzuerobern, das emanzipatorisch-egalitäre Projekt mit neuem Leben zu erfüllen und die Versprechen der partizipatorischen Revolution endlich einzulösen (Laclau & Mouffe, 2014; Dean, 2016; Swyngedouw & Wilson, 2015), versteht sich das Modell der *simulativen Demokratie* (Blühdorn, 2013a, 2013b). Es nimmt für sich in Anspruch, auf solideren gesellschaftstheoretischen Grundlagen zu stehen als die nur schwer zu stützenden Hoffnungen auf ein Wiedererwachen des libertär-egalitären Projektes. Genauer gesagt behauptet es, dass dieses Projekt sich nicht wiederbeleben lässt, weil es sich im Zuge der fortlaufenden Moderne erschöpft bzw. auf veränderter normativer Grundlage neu formiert hat. Entsprechend unternimmt dieses Modell den Versuch, die sich jenseits der *postdemokratischen Wende* herausbildende neue Erscheinungsform der Demokratie begrifflich zu fassen: eben als simulative Demokratie. Zu deren unterscheidenden Merk-

malen gehören die paradoxe Gleichzeitigkeit von immer größerer Demokratieskepsis und immer kompromissloseren Freiheits-, Mitbestimmungs- und Selbstverwirklichungsforderungen sowie die diskursiven Bewältigungsstrategien (Simulationsdiskurse), mit deren Hilfe dieses Paradox gesellschaftlich verarbeitet und erträglich gemacht wird (Blühdorn, 2013a, 2014).

Wie genau dies geschieht, in welchen Arenen, wer die Akteure sind, was genau da simuliert wird etc., bedarf der weiteren Konkretisierung, insbesondere weil das Modell der simulativen Demokratie mit recht starken Behauptungen daherkommt: Die Simulationsdiskurse seien mitnichten einfach ein Täuschungsmanöver der Machteliten, sondern vielmehr eine Praxis, an der sich die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen und Akteure bereitwillig beteiligen; es gehe um eine beinahe gesamtgesellschaftliche Prozedur der demokratischen Selbstillusionierung; und die Funktion dieser Simulationsdiskurse – wenn auch nicht ihr bewusstes oder gar erklärtes Ziel – sei letztlich die Stabilisierung einer gesellschaftlichen Ordnung, deren Verständnis von Emanzipation und Progressivität sich von tradierten demokratischen Normen zunehmend befreit und die in ihrer politischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit fundamental bedroht ist (Blühdorn, 2013a, 2013b, 2014, 2015). In der Absicht, diese Thesen zu konkretisieren und die diskursive Praxis der simulativen Demokratie genauer auszuleuchten, wird im Folgenden zunächst noch einmal die Besonderheit der *postdemokratischen Konstellation* jenseits der postdemokratischen Wende nachgezeichnet. Daran anschließend wird ausgeführt, dass die sich stetig ausbreitende Skepsis der Demokratie gegenüber keineswegs nur den – längst in die Mitte der Gesellschaft hineingewachsenen (Decker et al., 2012, 2013) – rechtspopulistischen Rand betrifft, sondern eine Vielzahl sehr verschiedener gesellschaftlicher Akteure, die sich allerdings nicht grundsätzlich von demokratischen Werten abwenden, sondern bei denen sich »anti-demokratische Gefühle« (Rancière, 2011) auf paradoxe Weise mit oft sogar radikalisierten demokratischen Forderungen verbinden. Auf dieser Grundlage werden in Abschnitt

vier dann verschiedene Typen des politischen Diskurses unterschieden, die auf ihre je eigene Art und Weise diese Ambivalenz artikulieren und auf die spezifisch postdemokratischen Bedürfnislagen moderner Bürger eingehen. Im letzten Abschnitt wird schließlich ausgeführt, wie diese scheinbar grundverschiedenen Diskurse als *postdemokratisches Diskursquartett* arbeitsteilig, aber doch gemeinschaftlich demokratische Kategorien und Werte kultivieren und erlebbar machen, die im fortschreitenden Modernisierungsprozess gewissermaßen zum Ballast geworden sind, die aber doch auch unverzichtbar bleiben.

2. Die postdemokratische Konstellation

Zentral zur Erklärung des gegenwärtigen Zustandes der Demokratie scheinen vor allem die Globalisierung und die zunehmende Macht transnationaler Konzerne, die sich wirksam der politischen Kontrolle entziehen und sich von der demokratischen Legitimationspflicht weitgehend befreit haben. Weniger auffällige, aber gerade für die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der Demokratie mindestens ebenso wichtige Parameter sind darüber hinaus (a) das Scheitern oder zumindest der gänzlich unerwartete Ausgang der emanzipatorisch-partizipatorischen Revolution seit den 1970er Jahren, (b) das Phänomen der Entpolitisierung und der Zustand der Postpolitik, (c) der Wandel vorherrschender Identitäts- und Selbstverwirklichungsideale, (d) die faktische Realität der Postwachstumsgesellschaft und (e) die Vereinnahmung der Demokratie durch den Neoliberalismus. Diese Listung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und signalisiert auch keine relative Gewichtung der hier analytisch getrennten, tatsächlich aber eng miteinander verbundenen Faktoren. Ein kurzer Blick auf diese Punkte hilft aber, den besonderen Charakter der *postdemokratischen Konstellation* zu erfassen, zu klären, warum die Idee einer Rückeroberung oder Wiederbelebung des demokratischen Projektes wenig plausibel ist, und ein Verständnis der Vorzeichen zu entwickeln, unter denen

sich stattdessen eine neue Erscheinungsform der Demokratie herausbildet.

(a) Das Scheitern der neuen Politik

Die emanzipatorisch-partizipativen Bewegungen seit den späten 1960er Jahren hatten sich vorgenommen, moderne (post-)industrielle Konsumgesellschaften grundlegend umzugestalten. Mit überwältigendem Optimismus waren sie daran gegangen, die Emanzipation der Bürger gegenüber der Fremdbestimmung durch Religion und Tradition und vor allem auch gegenüber der Eigendynamik und Übermacht des ökonomischen und administrativen Apparates durchzusetzen. Der Anspruch, dass der freie, selbstbestimmte, mündige Bürger die oberste Referenznorm zu sein habe, implizierte nicht nur, dass die auf Ressourcenausbeutung und soziale Ungleichheit aufgebaute Wirtschaftsordnung durch ein sozial und ökologisch verträgliches Modell ersetzt werden musste, sondern auch, dass die als bestenfalls formal demokratisch wahrgenommene politische Ordnung westlicher Industrienationen in eine wirklich demokratische zu verwandeln war. Mit der *partizipatorischen Revolution* (Kaase, 1982; Blühdorn, 2009) übernahm die sogenannte Zivilgesellschaft die politische Führerschaft für die umfassende Modernisierung aller gesellschaftlichen Institutionen. Ihre *neue Politik* (Müller-Rommel & Poguntke, 1995) sollte das aufklärerisch-emanzipatorische Projekt zur Vollendung bringen und das Versprechen der unantastbaren Würde des Menschen als autonomes Subjekt lebensweltlich einlösen.

Seit Ende der 1990er Jahre erneuerten die großen internationalen Bewegungen für Klimaschutz, Generationengerechtigkeit und eine andere Globalisierung das Projekt der neuen Politik und erweiterten es auf die internationale Ebene. NGOs wie ATTAC und die seit 2001 regelmäßig abgehaltenen Treffen des Weltsozialforums arbeiteten mit Elan für das Credo *Another World is possible!* (George, 2004). Viele Beobachter interpretierten schließlich die Occupy-Bewegung, die nach der internationalen Banken- und Finanzkrise in mehreren Ländern hohe Wellen schlug, als den endgültigen

Aufbruch zur praktischen Umsetzung dieser anderen Welt (Mouffe, 2011). Doch der liberale Konsumkapitalismus erwies sich stabiler als angenommen. Die schon von Anbeginn kaleidoskopischen sozialen Bewegungen differenzierten sich immer weiter aus und fanden es zunehmend schwierig, gemeinsame Visionen und Strategien zu entwickeln. Grüne Parteien, die die Vielfalt der Bewegungen bündeln wollten, ordneten sich schrittweise in den politischen Mainstream ein. ATTAC und das Weltsozialforum gerieten in Vergessenheit. Occupy blieb ein Strohfeuer ohne nennenswerte Nachwirkung. Und das Schicksal von Griechenlands Syriza Partei oder Spaniens Podemos illustrieren ein weiteres Mal, dass die Hoffnungen, die in radikale Alternativbewegungen und das Projekt einer neuen Politik gesetzt worden waren, wohl erheblich überzogen sind.

Trotz vielfältiger demokratischer Reformen hat eine wirkliche (Neu-)Erfindung des Politischen (Beck, 1993) nicht stattgefunden. Vielmehr haben sich soziale und politische Ungleichheit – nicht zuletzt durch die höchst ungleich genutzten neuen Beteiligungsmöglichkeiten – weiter verschärft. Bemühungen zur ökologischen Modernisierung konnten den Raubbau an natürlichen Ressourcen, die Zerstörung ökologischer Systeme und die Erwärmung des globalen Klimas nicht stoppen. Und je mehr die vielfältigen Krisen moderner Gesellschaften sich zum »planetarischen Notstand« (Gore) addieren, desto mehr schlägt, was in den 1970er Jahren als die »Renaissance der politischen Subjektivität« (Beck, 1993, S. 157) begann, um in eine neue Sehnsucht nach Orientierungsgebender und handlungsermöglichender Objektivität. Sie artikuliert sich in neuen Populismen und religiösen Fundamentalismen ebenso wie in Bestrebungen zur Entpolitisierung öffentlicher Angelegenheiten durch Wissenschaft, Technologie und Management. Vielfältige Protestbewegungen pflegen zwar weiterhin die Aktionsformen und Rhetorik der einst neuen Politik. Doch die Hoffnung, dass diese Bewegungen tatsächlich einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft bewirken könnten, ist gesellschaftstheoretisch immer schwerer zu begründen.

(b) Entpolitisierung und Postpolitik

Ein kritischer Blick auf die Debatte um Entpolitisierung und Postpolitik bekräftigt und vertieft diese Diagnose. Entpolitisierung wird in der Regel als strategisch betriebenes Projekt neoliberaler Eliten beschrieben, die ihre anti-egalitären Interessen gegen emanzipatorische Forderungen nach demokratischer Rechtfertigung abzusichern versuchen (Burnham, 2001; Flinders & Buller, 2006). Die Strategie zielt darauf, ehemals Verhandlungs- und Entscheidbares aus dem politischen Verhandlungsraum in Arenen zu verschieben, in denen es zumindest vorübergehend den Status der Unantastbarkeit hat. Und wenn auf diese Weise der politische Raum weitestgehend entleert worden sei, stelle sich der Zustand der Postpolitik ein, in dem dann nicht nur das demokratische Grundprinzip der Freiheit, der Selbstbestimmung, der Volkssouveränität, ausgesetzt werde, sondern noch grundlegender der Gestaltungsanspruch der Politik überhaupt. Die nämlich schnurrt nun zusammen auf das möglichst effektive Management des vermeintlich oder tatsächlich Alternativen (Swyngedouw & Wilson, 2015). Dieses Verständnis von Entpolitisierung und Postpolitik hat seine Berechtigung; die Besonderheit der gegenwärtigen Konstellation wird aber erst sichtbar, wenn Entpolitisierung, wie oben bereits angedeutet, im direkten Verhältnis zu ihrem Gegenstück, der Politisierung, betrachtet wird.

Politisierung ist das Instrument, mit dem emanzipatorische Bewegungen soziale Ordnungen aufzubrechen versuchen, die sich unter Berufung auf Tradition, Religion, die mangelnde Einsichtsfähigkeit der Bürger oder schlicht durch Gewaltandrohung legitimieren und stabilisieren. Politisierung macht Anspruch auf gesellschaftliche Entscheid- und Gestaltbarkeit; sie verlangt Rechtfertigung und Legitimation. Allerdings muss sie die Normen, anhand derer sie die bestehende Ordnung infrage stellt und von denen sie die Geltungsansprüche ihrer politischen Forderungen ableitet, als ihrerseits unverhandelbar, das heißt vopolitisch, darstellen. In diesem Sinne hat Rancière Entpolitisierung zurecht als »the oldest task of politics« beschrie-

ben (Rancière, 1992, S. 19). Für die sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren war diese ihrerseits nicht zur Diskussion stehende Bezugsgröße die bereits angesprochene Norm des *autonomen Subjekts*, die unantastbare Würde des Menschen oder auch kategorische ökologische Imperative, die dieser Norm einbeschrieben seien. Da die emanzipatorischen Bewegungen aber selbst die Differenzierung, Individualisierung und Pluralisierung anzuerkennender Subjektivitäts- und Identitätsverständnisse entschieden vorantrieben, mündete ihre Agenda der politischen Subjektivierung in ein Dilemma, das Ulrich Beck als die »Unlebbarkheiten der Individualisierung« (1993, S. 151) bzw. die »Unlebbarkheit der Moderne« überhaupt (ebd., S. 149) bezeichnete. War von konservativer Seite bereits in den 1970er Jahren geargwöhnt worden, dass die Politisierungsagenda der sozialen Bewegungen unvermeidlich Probleme einer *government overload* und *ungovernability* provozieren würden (King, 1975; Crozier et al., 1975), wurde in den 1990er Jahren auch auf sozialdemokratischer Seite eine Überforderung des politischen Systems befürchtet und Entpolitisierung zum präferierten Gegenmittel (Burnham, 2001; Hay, 2007; Wood & Flinders, 2014; Foster et al., 2014).

Unter Bedingungen, wo sich soziale Funktionssysteme – allen voran das ökonomische – durch ihre Internationalisierung zunehmend der Kontrolle nationaler Regierungen entziehen, während die gerade auch von emanzipatorischen Bewegungen betriebene Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Normen und Interessenlagen die Fähigkeit dieser Regierungen auszehrt, verbleibende Handlungsspielräume effektiv zu nutzen, sollten Verfahren der Entpolitisierung also die politische Entscheidungs- und Gestaltungsfähigkeit erhöhen. Sie müssen mithin – zumindest auch – als Versuch verstanden werden, Steuerungsprobleme zu bewältigen, an denen die emanzipatorische Politik der Subjektivierung einen ernstzunehmenden Anteil hat. Die Agenda der politischen Objektivierung ist freilich nicht weniger problematisch als die der Subjektivierung. Indem sie zu den unmittelbaren Sorgen und Bedürfnissen der Bürger bewusst auf Distanz geht,

nährt sie das sich ausbreitende *anti-political sentiment* (Mair, 2006; Hogan, 2007). Doch das lässt sich durch traditionell emanzipatorische Forderungen nach Repolitisierung und mehr Demokratie nicht mehr wirksam therapieren. Genau hier liegt die Besonderheit der postdemokratischen Konstellation.

(c) Subjektivität und Identität

Drittens muss hier der Wandel von gesellschaftlich bestimmenden Idealen der Subjektivität und Identität, der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, besprochen werden. In ausdifferenzierten Gesellschaften gibt es diesbezüglich freilich keine einheitlichen Normen. Sehr wohl aber gibt es erstens Entwicklungstendenzen wie Individualisierung, Differenzierung oder Beschleunigung, die der fortlaufenden Modernisierung offenbar einbeschrieben sind, zweitens gesellschaftliche Leitmilieus, die die Wertvorstellungen, Lebensstile und Aspirationen der Bürger in besonderem Maße breitenwirksam prägen, und drittens eine normative Leitidee, die nicht nur für heutige liberale Konsumentendemokratien, sondern für die europäische Moderne insgesamt kennzeichnend ist: eben die Norm des freien, selbstwerthafte und selbstbestimmten Subjekts, deren zentrale Bedeutung schon wiederholt angesprochen wurde.

Die protestantisch-aufklärerische Tradition hatte dieses Ideal als das vernunftbestimmte, verantwortliche, gemeinwohlorientierte Subjekt ausbuchstabiert, dessen Freiheit gerade darin liegt, dass es in seinem Denken und Handeln nicht fremdbestimmt ist, sondern sich von der Vernunft leiten lassen kann – einer Vernunft, die über individuelle Rationalität und Kalküle hinausgehend die gesamte Menschheit und sogar das Universum in eine systematisch geschlossene Gesamtheit integriert. Zuletzt hatten die emanzipatorischen Bewegungen der 1980er Jahre diese Norm des autonomen Subjekts emphatisch erneuert und mehr denn je als hegemoniale Referenznorm gesellschaftlich verankert: Im Zeichen der Angst, dass ökologische und/oder atomare Katastrophen das Überleben der Menschheit und den

Fortbestand des Planeten überhaupt bedrohen, wurden der Vernunftgebrauch, das *Prinzip Verantwortung* (Jonas, 1984), eine langfristige Zukunftsperspektive und die Orientierung auf die Menschheit als Ganzes zum kategorischen Imperativ. Das aus den Zwängen des herrschenden Systems befreite Individuum und vor allem die kollektive Vernunft der Zivilgesellschaft wurden zum Gegenbild der Unvernunft der kapitalistisch-industriellen Konsumgesellschaft.

Im gleichen Maße aber wie diese Interpretation der Norm des autonomen Subjekts von den besonderen historischen Bedingungen der so genannten *Risikogesellschaft* (Beck, 1986) geprägt war, war zu erwarten, dass sich im Zuge der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung aktualisierte Ideale von Subjektivität, Identität und Selbstverwirklichung herausbilden würden. Tatsächlich bewirkte die fortschreitende Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften eine kontinuierliche Aufwertung der individuellen Dimension von Subjektivität und Identität gegenüber der kollektiven. Zweitens veränderte sich das Verhältnis zwischen Subjektivität und Markt: Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung werden immer weniger jenseits und in bewusster Abgrenzung vom Markt gedacht, sondern für wesentliche Teile der modernen Gesellschaft sind Markt und Konsum längst der wichtigste Ort und Modus der Konstitution, Artikulation und Erfahrung von Identität. Drittens haben moderne Erwartungen der Vielseitigkeit, Innovationsoffenheit und Flexibilität den traditionellen Anspruch auf innere Kohärenz, Konsistenz und Konsequenz relativiert. In der *flüchtigen Moderne* (Bauman, 2003) sind Letztere kaum noch lebensweltlich taugliche Leitideale. Auch die Vorstellung einer in sich gefestigten, gerundeten, stabilen und verlässlichen Identität erscheint inzwischen eindimensional, verbissen und unvereinbar mit Erwartungen der Innovationsbereitschaft, Vielschichtigkeit und strategischen Lebensführung.

Insgesamt können diese Veränderungen als die Befreiung aus zu eng gewordenen Normen verstanden werden, die einmal das emanzipatorische Projekt bestimmt haben, die aus heutiger Perspektive aber als unzumutbare Einschränk-

ung wahrgenommen werden. Insofern als hier eine Revision der emanzipatorischen Normen vollzogen wird, kann man von *Emanzipation zweiter Ordnung* sprechen. Zielten emanzipatorische Bestrebungen zunächst – als Emanzipation erster Ordnung – auf die Befreiung von erstarrten Traditionen, der Religion oder der institutionellen Ordnung ausgehenden vopolitischen Zwängen, zielt diese selbstreflexive Emanzipation nun auf die Befreiung aus Verantwortungen, Verpflichtungen und Prinzipien, die frühere Emanzipationsbewegungen sich selbst politisch gesetzt hatten, die inzwischen aber ihrerseits zu fragwürdigen Traditionen erstarrt sind. Entsprechende Verschiebungen von Wertepräferenzen, Lebensstilen und Selbstverwirklichungsmustern finden freilich nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleichmäßig statt (Middlemiss, 2014). Gerade in den sogenannten Leitmilieus haben sich aber die Selbstverständnisse, Lebensstile und Selbstverwirklichungsmuster deutlich in die beschriebene Richtung verändert und entfalten von dort ihre Wirkung auf die Gesellschaft insgesamt. Was hier als gutes und erfülltes Leben gesehen und als gesellschaftliches Leitbild vorexerziert wird, steht in eklatantem Widerspruch zu dem, was bewegungsorientierte Diskurse bis heute als *gutes Leben für Alle* beschwören (Nussbaum, 1998; Jackson, 2011; Meyer & Kellermann, 2013).

(d) Die neuen Grenzen des Wachstums

Hier schließt sich die Betrachtung der neuen Grenzen des Wachstums als weiterer für die postdemokratische Konstellation bestimmender Parameter unmittelbar an. Wirtschaftliches Wachstum ist für moderne Gesellschaften unverzichtbar, damit die stetige Produktivitätssteigerung nicht zu Massenarbeitslosigkeit und verbreiteter Armut führt; weil Erfolg, Lebensqualität, gesellschaftlicher Status und persönliche Zufriedenheit in westlichen Konsumentendemokratien in besonderem Maße über stetig steigendes Einkommen und materiellen Wohlstand definiert sind; und weil die soziale Umverteilung gesamtgesellschaftlicher Wohlstandszu-

gewinne ein wichtiges Instrument ist, um die konflikträchtige Spannung zwischen den zwei Grundprinzipien der liberalen Demokratie unter Kontrolle zu halten: dem Prinzip der Freiheit und dem der Gleichheit und Gerechtigkeit. Die neuen sozialen Bewegungen hatten diese mehrfache Wachstumsabhängigkeit bereits seit den 1970er Jahren scharf kritisiert, weil sie im Bruttosozialprodukt keinen sinnvollen Maßstab für gesellschaftliches Wohlergehen erkennen konnten, weil sie soziale und ökologische Kosten des Wachstums sahen, die von Wirtschaft und Politik schlicht ignoriert wurden, und weil ihnen die Vorstellung unendlichen Wachstums auf einem endlichen Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht plausibel erschien.

Allerdings blieb das durch Produktivitätssteigerung erzeugte Beschäftigungsproblem ungelöst. Ebenso ist es trotz zwischenzeitlicher Hoffnungen auf einen gesellschaftlichen Wertewandel zu »post-materialistischen« Wertepräferenzen (Inglehart & Welzel, 2005) und trotz aller Plädoyers für Suffizienz und »alternativen Hedonismus« (Soper, 2007, 2008; Schlosberg & Coles, 2015) bestenfalls in kleinen Nischengemeinschaften gelungen, individuelle und kollektive Hoffnungen auf Lebensqualität, Erfüllung und Glück von materiellem Reichtum und Konsum zu entkoppeln. Und zudem hat sich mit stetig steigender sozialer Ungleichheit die Hoffnung auf und Abhängigkeit von Wachstumszugewinnen nur noch verstärkt. Entsprechend wurden im Namen des Wachstums immer neue Ressourcen erschlossen oder mobilisiert: Die beschleunigte Ausbeutung natürlicher Rohstoffe, die Verschuldung öffentlicher Haushalte, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die Vermarktlichung bisher von der Profitwirtschaft ausgenommenen Gesellschaftsbereiche (z. B. Gesundheit, Bildung), die Spekulation auf Zukunftsgewinne, private Verschuldung, der Rückbau des Sozialstaates und zuletzt die Niedrig- oder sogar Negativzinspolitik der Zentralbanken sowie deren massive Erhöhung der im Umlauf befindlichen Geldmenge waren bzw. sind immer neue Versuche Kapital zu mobilisieren, um den Wachstumsmotor anzufeuern (Streeck, 2011, 2014). Doch trotz dieser Bemühungen bleibt das Wachstum selbst in Phasen guter Konjunktur zu gering, um

die skizzierten Funktionen erfüllen zu können, und begründete Hoffnung auf eine grundlegende Änderung besteht diesbezüglich nicht.

Damit hat sich *de facto* ein Zustand der Postwachstumsgesellschaft eingestellt, der allerdings mit den alt-emanzipatorischen und in heutigen Debatten um *post-growth* und *de-growth* (Miegel, 2010; Jackson, 2011; Paech, 2012; Enquete-Kommission, 2013) weiter kultivierten Vorstellungen nicht viel gemein hat: Während diese Diskurse an hergebrachten Verständnissen von Freiheit, Gleichheit, Inklusion und Gerechtigkeit festhalten, im Namen dieser Werte eine Überwindung des Wachstums fordern und im Sinne der Emanzipation erster Ordnung an der Idee festhalten, dass wahre Freiheit und Erfüllung sich dann jenseits der Wachstumslogik endlich verwirklichen lassen, behalten in der faktisch eingetretenen Postwachstumsgesellschaft das Prinzip und die Logik des Wachstums unveränderte Gültigkeit. Für die Identitätsideale, Lebensstile und Selbstverwirklichungsmuster, die sich mit der Emanzipation zweiter Ordnung herausgebildet haben, ist Wachstum sogar eine unverzichtbare Bedingung. Und da stetige Zugewinne auch unter Bedingungen ausbleibenden Wachstums bedingungslos eingefordert werden, wird die Umverteilung von Reichtum von unten nach oben zum bestimmenden Merkmal: Die Hoffnung auf das *Trickle-down*-Prinzip verkehrt sich in die Praxis des *Squeeze-up*-Prinzips. Parallel verkehrt sich die traditionelle Annahme, dass wir gemeinsam stark seien, in die Hoffnung, dass die kleinere Gruppe oder sogar der Einzelkämpfer stärker oder am stärksten sei. Allenthalben lässt sich daher der Versuch beobachten, durch Grenzziehung, Abspaltung und Alleingänge (Entsolidarisierung) einen Vorteil beim Wettbewerb um sich verknappende Ressourcen zu gewinnen. Egalitäre, partizipatorische oder gar redistributive Verständnisse von Demokratie dagegen werden zur Belastung.

(e) Neoliberalismus und Demokratie

Als letztes Merkmal der postdemokratischen Konstellation soll schließlich die neoliberale

Vereinnahmung des demokratischen Projekts angesprochen werden. In jüngerer Zeit sind ökonomische und politische Eliten, die in Sachen demokratische Partizipation und Selbstbestimmung traditionell eher skeptisch gewesen sind, auffällig bemüht um die Beteiligung und das Engagement der Bürger. Sie appellieren an deren Verantwortungsbewusstsein und betonen ihre Gestaltungsmacht. Mehr denn je ist von Inklusion, Teilhabe, Optionenvielfalt, partizipativen Entscheidungsverfahren, Nachhaltigkeit, Selbstverantwortlichkeit und freier, informierter Entscheidung die Rede, so als hätten Wirtschaft und Politik die Werte und Forderungen, die die sozialen Bewegungen einst gegen erhebliche Widerstände auf die politische Agenda gebracht hatten, inzwischen stärker verinnerlicht, als diese Bewegungen selbst das je für möglich gehalten hatten. Angesichts der stetig wachsenden sozialen Ungleichheit und Exklusion könnte man diese neo-sozialen und neo-demokratischen Diskurse schlicht als Rhetorik zur Ruhigstellung der Marginalisierten und Ausgeschlossenen verstehen. Tatsächlich geht es aber um mehr: Politik und Wirtschaft haben die emanzipatorischen Werte und die Zivilgesellschaft, die sich ehemals als Herausforderung und Gegenbild der marktdominierten Ordnung formiert hatten, inzwischen als unverzichtbare Ressource entdeckt. Unter Bedingungen klammer öffentlicher Haushalte und schrumpfender politischer Handlungsspielräume nimmt der aktivierende Staat Bürger und Zivilgesellschaft entschlossen in die Pflicht. Verantwortungen und Lasten werden neu verteilt. Zivilgesellschaftliche Organisationen übernehmen wichtige Aufgaben. Engerer Kontakt mit den Bürgern soll effizienteres Regieren und mehr »Kundenzufriedenheit« ermöglichen. Das Einbeziehen möglichst vieler Gesellschaftsgruppen soll die politische Legitimationsbeschaffung erleichtern.

Allerdings geht es hier nicht mehr um das emanzipatorische *empowerment* von zuvor ausgeschlossenen Gruppen, die selbstmotiviert und selbstorganisiert den etablierten Eliten Freiräume abringen, um dort selbstbestimmt alternative Wertorientierungen, Handlungsweisen, Lebensformen und Sozialstrukturen zu schaf-

fen. Vielmehr geht es um die Indienstnahme und Inwertsetzung der Zivilgesellschaft für vorgegebene Zwecke und durch die herrschende Ordnung. Sowohl das Ziel als auch der Modus der Partizipation sind vorgegeben; der emanzipatorische Kampf um Inklusion bzw. die Veränderung der herrschenden Ordnung im Namen des autonomen Subjekts wird abgelöst von gesteuerter, dienstleistender, systemstabilisierender Inklusion in diese Ordnung von objektivierender Gleichschaltung. Und dies ist nicht bloß das Projekt einer kleinen Elite, sondern angesichts des beschriebenen Werte- und Kulturwandels liegen die neo-soziale Rhetorik und die neo-demokratische Indienstnahme der Zivilgesellschaft im Interesse aller, die von einer Entlastung öffentlicher Haushalte zu profitieren hoffen. Was zunächst als neoliberale Vereinnahmung der Demokratie erschien, kann also treffender als die Aktualisierung des demokratischen Projektes im Sinne der Emanzipation zweiter Ordnung beschrieben werden. Waren Demokratisierung und Demokratie bisher das Projekt der Unterprivilegierten, der Entrechteten, der Ausgeschlossenen, haben sie sich in jüngerer Zeit von einer Bedrohung für die Privilegierten zu deren Instrument gewandelt. Bestand das demokratische Projekt bisher darin, die bestehende Ordnung zugunsten der Ermächtigung der Ausgeschlossenen herauszufordern, besteht es jetzt darin, diese Ordnung – mitsamt der ihr inhärenten Ungleichheit – zu stabilisieren und zu legitimieren. Eine »Rückeroberung« des demokratischen Projektes ist aber wohl wenig wahrscheinlich, weil es – zumindest innerhalb von westlichen Konsumgesellschaften – jenseits des beschriebenen Werte- und Kulturwandels keine ausreichend mobilisierungsstarken Normen mehr gibt, anhand derer die bestehende Ordnung erneut herausgefordert und *demokratisiert* werden könnte.

3. Hass der Demokratie?

Diese Faktoren sind individuell und in ihrem Zusammenspiel wesentliche Wegbereiter und Merkmale der postdemokratischen Konstellation. Sie bestimmen den normativen Rah-

men für die gesellschaftliche Debatte über den Zustand der Demokratie und für die weitere Entwicklung des demokratischen Projekts. Im Mittelpunkt steht hier die These, dass das emanzipatorische Projekt und progressive Politik gewissermaßen ihre Stoßrichtung verändert haben. Die Verschiebung der Wertepreferenzen im Zuge der Emanzipation zweiter Ordnung verändert, was im öffentlichen Diskurs als Problem wahrgenommen und wie es verhandelt wird. Handlungsprioritäten werden neu definiert und Lösungsansätze aus einer veränderten Perspektive entworfen. Progressive Politik, das heißt eine Politik, die sich an den aktualisierten Wertorientierungen ausrichtet, ist immer weniger egalitär, redistributiv und solidarisch, sondern bewertet individuelle Freiheit höher als soziale Gleichheit und Inklusion. Gerechtigkeitsverständnisse werden entsprechend angepasst. Demokratie und Demokratisierung, wie die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre sie verstanden hatten, kann für die neuen Progressiven kein Projekt mehr sein, sondern sie wird zum Problem.

Der sichtbarste Indikator des demokratischen Vertrauensverfalls – zumindest der am lautstärksten kommentierte – ist der sich ausbreitende Rechtspopulismus. Die mit moralischer Entrüstung und sozialem Bedauern vorgetragene Klage über das Ressentiment der »sozial und politisch abgehängten Passivbürger mit Entmutigungshintergrund« (Frankenberg, 2014) ist allerdings wohl vor allem der Versuch bildungs-, einkommens- und privilegienstarker Aktivbürger, »anti-political sentiments« (Mair, 2006) und das »anti-demokratische Gefühl« (Rancière, 2011) bestimmten, mit Verachtung betrachteten Gesellschaftskreisen zuzuschreiben und für sich selbst die überlegene moralische Gesinnung, politische Rechtschaffenheit und demokratische Legitimation zu reklamieren. Diese demokratische Besorgtheit und demonstrative Verantwortlichkeit übersieht aber geflissentlich, dass das populistische Insistieren auf die Souveränität des Volkes ein grundsätzlich berechtigter und urdemokratischer Impuls ist (Mouffe, 2011, 2014), dass weder die Wortführer noch die Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen notwendig dem Bild frus-

trierter, abgehängter Modernisierungsverlierer entsprechen und dass zudem der als unmoralisch, undemokratisch und anti-humanitär angeprangerte Aufstand der Rechtspopulisten in ursächlichem Zusammenhang mit den postdemokratischen Wertepreferenzen und exklusiven Selbstverwirklichungsmustern genau derer stehen, die da mehr Moralität, Demokratie und Humanität einfordern. Diese moralisierenden Diskurse lenken davon ab, dass die zunehmende Skepsis gegenüber der Demokratie tatsächlich mitnichten auf rechtspopulistische Bewegungen beschränkt ist, sondern sich bei einer Vielzahl ganz verschiedener gesellschaftlicher Schichten und Akteure beobachten lässt. Für die postdemokratische Konstellation ist gerade diese breite gesellschaftliche Verankerung das charakteristische Merkmal.

Von Bedeutung ist da sicher die große und vielschichtige Gruppe derer, die den Wertewandel der Emanzipation zweiter Ordnung in ihrer Lebenspraxis nicht mitvollziehen können, sondern deren Entfaltungsansprüche Teil dessen sind, was die sogenannten Leitmilieus im Zuge des gesellschaftlichen Wettbewerbs um sich verknappende Ressourcen als Ballast abzuwerfen versuchen. Das sind die Modernisierungsverlierer, die bestärkt durch ihre Beobachtung der ehemals sozialbewegten wohlhabenden Mittelschichten ahnen, dass die Demokratie ihr Los nicht nur nicht verbessern, sondern vielleicht sogar weiter verschlimmern wird. Die Verzerrung der politischen Gleichheit erst durch die partizipatorische Revolution und dann durch die Neudefinition der Demokratie nach Maßgabe der Emanzipation zweiter Ordnung hat ihren Glauben an die Demokratie ausgezehrt. Die neoliberale Rede von Partizipation und Inklusion können sie nur als Zynismus erleben. Nicht weniger wichtig sind aber die gesellschaftlich Bessergestellten, die um ihre traditionellen Privilegien fürchten bzw. die Selbstverständnisse, Lebensstile und Selbstverwirklichungsmuster verteidigen, die sie sich im Zuge des emanzipatorischen Projekts hart erkämpft haben, und sich deshalb gegen egalitäre Umverteilungs- oder Gerechtigkeitsforderungen zur Wehr setzen. Drittens sind da diejenigen, die entweder das gesellschaftliche Wohl

schon immer lieber in die Hände weiser Steuermänner legen wollten als in die instabiler, unverständiger Entscheidungsträger und emotionsgetriebener elektoraler Mehrheiten, oder die erst unter Bedingungen der Internationalisierung, hoher Komplexität und stetiger Beschleunigung zu dem Schluss gekommen sind, dass die strukturellen Schwächen der Demokratie unüberwindbar und vor allem in Zeiten sich zum Notstand zuspitzender Krisen nicht-demokratische oder sogar autoritäre Strategien aussichtsreicher sind (z.B. Randers, 2012; Westra, 1998; Shearman & Smith, 2007). Und viertens sind da die Kritiker, die in marxistisch-leninistischer Tradition die Demokratie schon immer bestenfalls für einen Zwischenschritt auf dem Weg zum Sozialismus gehalten haben oder die zumindest in der heutigen liberalen Konsumentendemokratie ausschließlich noch ein Instrument sehen, mit dem die Machteliten versuchen, ihr raffiniertes Kapitalakkumulationssystem mit politischer Legitimität auszustatten und so lang wie möglich vor seiner sozialen und ökologischen Selbstzerstörung zu bewahren.

Betrachtet aus der Perspektive nicht von verschiedenen sozio-ökonomischen Schichten oder ideologischen Lagern, sondern verschiedener, sich im Denken und Handeln ein und derselben Person mitunter konfliktträchtig überlagernder Werte bzw. Interessen, hat diese für die postdemokratische Konstellation kennzeichnende Skepsis gegenüber der Demokratie im Wesentlichen zwei Dimensionen: Zweifel an der Demokratie als emanzipatorisches Instrument (Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung) und Zweifel an der Demokratie als Mittel zielgerichteten Entscheidens und effizienter Aufgaben- bzw. Problembewältigung (systemische Funktionalität). Jede von ihnen lässt sich in zwei Unteraspekte aufzählen: Im ersten Fall sind das (a) das demokratische Versprechen individueller Freiheit und Selbstverwirklichung und (b) das Versprechen von kollektiver Selbstbestimmung (Volkssouveränität). Im zweiten Fall können sich die Zweifel (a) auf das politische Personal richten, dem fehlende Kompetenz, Integrität, Handlungsfähigkeit etc. vorgeworfen wird, und/oder (b) auf demokratisches Regieren überhaupt, das

– gerade unter Bedingungen der Internationalisierung, steigender Komplexität und hohem Handlungsdruck – als grundsätzlich ineffektiv erscheint. Es ergeben sich also vier grundsätzliche Zweifel (vgl. Abb. 1), die sich nicht eindeutig jeweils nur einem der oben genannten Bedenkenträger zuordnen lassen, sondern die bei den verschiedenen Akteuren mit unterschiedlicher Gewichtung zusammenwirken.

Wichtig ist dabei aber festzuhalten, dass die verschiedenen Varianten der Demokratieskepsis bei keinem der Akteure zu einer radikalen Ablehnung oder gar zu einem »Hass der Demokratie« (Rancière, 2011) führen, sondern lediglich zu einer starken Ambivalenz. Rancière spricht zwar zurecht von einem »anti-demokratischen Gefühl«, aber die postdemokratische Konstellation ist keineswegs von einer radikal anti-demokratischen Stimmung beherrscht. Vielmehr behalten demokratische Werte, Institutionen und Verfahren große Bedeutung, denn moderne Bürger wollen sich weiterhin – und mehr denn je – als selbstbestimmte Subjekte verstehen und fordern entsprechende Rechte der Freiheit und Selbstverwirklichung ein. Zudem sind in modernen Gesellschaften nur solche Formen der politischen Legitimationsicherung akzeptabel und halbwegs stabil, die zumindest dem Anspruch nach demokratisch sind. Drittens stehen auch aussichtsreiche alternative Mechanismen zur Befriedigung sich verschärfender sozialer Konflikte nicht zur Verfügung. Und schließlich ist die im Zeichen der Grenzen des Wachstums und der Emanzipation zweiter Ordnung vollzogene Umverteilung von sozialen Chancen und materiellem Wohlstand bzw. der Rückbau bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Rechte nur dann durchsetzbar, wenn sie – wie immer behelfsmäßig – als demokratisch legitimiert dargestellt werden können.

Obwohl demokratische Werte und Verfahren aus ganz verschiedenen Perspektiven zunehmend als Problem wahrgenommen werden, bleibt die Demokratie also doch unverzichtbar. Die Logik der Subjektivierung ist der Modernisierung einbeschrieben, und solange das emanzipatorische Streben nach Autonomie und Selbstverwirklichung fortwirkt, behält das demokratische Projekt seine Bedeutung. Ge-

individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung (Identität)	emanzipatorische Effizienz (emanzipatorische/ subjektive Zwecke)	systemische Effizienz (systemische/ objektive Zwecke)	Untauglichkeit des politischen Personals (individuell/kollektiv)
kollektive Freiheit und Selbstbestimmung (Volkssouveränität)			Untauglichkeit des demokratischen Systems überhaupt

Abb. 1: Dimensionen der Demokratieskepsis

trieben von der Angst vor der postpolitischen Herrschaft der Systemimperative, von der Erfahrung zunehmender Ungleichheit, Marginalisierung und Exklusion und von der Zerstreuung, Verflüssigung und Verflüchtigung des Subjekts in der digitalen Welt wird es stetig erneuert – mit stets erneuerten Hoffnungen auf Selbstbestimmung und immer kompromissloseren Forderungen nach Zentralisierung des Selbst. Demokratieskepsis und Demokratieverlangen wachsen also parallel zueinander und aneinander. Entsprechend ist in der postdemokratischen Konstellation ein Ende der Demokratie nicht zu erwarten. Aber eine Wiederbelebung oder Rückeroberung, wie sie von linken Intellektuellen und Bewegungen oftmals gefordert wird, steht ebenso wenig in Aussicht. Denn die postdemokratische Konstellation entfaltet sich eben im Zuge des emanzipatorischen Projektes selbst. Aus dem Blickwinkel der Emanzipation zweiter Ordnung erscheint eine Wiederbelebung des demokratischen Projektes im Sinne der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre nicht nur als rückschrittlich, reaktionär, sondern die normativen Ressourcen, die für eine solche Wiederbelebung erforderlich wären, sind auch nicht mehr verfügbar. Die Vorstellung einer vollen Demokratisierung der bisher *halbierten Demokratie* in der reflexiven oder zweiten Moderne (Beck, 1986) ist in der postdemokratischen Konstellation schlicht überholt.

Stattdessen ergibt sich – gerade weil anti-demokratisches Gefühl und das radikalisierte Subjektivierungsprojekt sich gegenseitig erneuern und verstärken – als neue Aufgabe und Herausforderung die Bewältigung dessen, was ich als *postdemokratische Paradox* (Blühdorn, 2013a) bezeichnet habe. Populäre Sprüche wie *Hier darf jeder meine Meinung sagen!*

oder *Hier kann jeder machen, was ich will!* bringen dieses Paradox wie zufällig auf den Punkt. Sie umspielen die eigentümliche Bedürfnislage der postdemokratischen Konstellation und benennen implizit die gesellschaftliche Aufgabe, Kommunikations- und Handlungsformen zu entwickeln (und entsprechend eine neue Erscheinungsweise der Demokratie), die der widersprüchlichen Bedürfnislage moderner Bürger gerecht werden. Das sind im Idealfalle Diskursformen, die die Verpflichtung auf demokratische Werte artikulieren und erlebbar machen, ohne dass dabei die anti-liberale, anti-egalitäre und exklusive Agenda der Emanzipation zweiter Ordnung behindert würde.

4. Bewältigungsdiskurse

Die hohe Aufmerksamkeit und Bedeutung, die in der öffentlichen Diskussion populistischen Protestbewegungen zugemessen wird, legt nahe, dass die Bearbeitung und Bewältigung des postdemokratischen Paradoxes bzw. der für die postdemokratische Konstellation charakteristischen Bedürfnislagen vor allem in diesen Protestbewegungen ihren Ort hat. Eine solche Sichtweise entspräche dem systemtheoretischen Ansatz von Niklas Luhmann, der Protestbewegungen metaphorisch als das Immunsystem funktional ausdifferenzierter Gesellschaften bezeichnet und behauptet, bei diesen Bewegungen gehe es immer nur scheinbar und am Rande um spezielle Themen und alternative Gesellschaftsentwürfe, sondern im Wesentlichen um die Kommunikation von Protest, das heißt um außerhalb des institutionalisierten Systems artikulierte Opposition (Luhmann, 1996). Auch die verbreitete Rede von den *Protestwählern*, die nicht wirklich das politische Programm der

gewählten *Protestpartei* unterstützen, sondern bei grundsätzlicher Zustimmung zur etablierten Ordnung den Parteien des politischen Mainstreams einen Denkzettel verpassen wollen, legt diese Ansicht nahe. Sie entspricht im Übrigen auch der Beobachtung, dass moderne Protestbewegungen tatsächlich immer weniger konkrete Werte, Ideale oder Gesellschaftsentwürfe propagieren, sondern sich oftmals mit Aussagen wie *Not in my name!*, *We are the 99 Percent!* oder *Wir sind das Volk!* bescheiden, die vor allem im Modus der Implikation kommunizieren.

Erstens allerdings geht es in diesen Bewegungen keineswegs um die Kommunikation von selbstzweckhaftem Protest, sondern ganz offensichtlich um die Artikulation und Verteidigung von marginalisierter Subjektivität – eine Kategorie, für die die Luhmann'sche Systemtheorie ebenso wie die von Systemimperativen (Alternativlosigkeiten) beherrschte Welt keinen rechten Platz mehr vorsieht und die im Zuge der Emanzipation zweiter Ordnung auch gewissermaßen überwunden und verabschiedet wurde. Zweitens wird das postdemokratische Paradox, also die Gleichzeitigkeit von steigenden Ansprüchen auf Subjektivität (Zentralität, Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung) (Demokratieforderungen) und der ebenfalls zunehmenden Neigung zu anti-egalitären und exklusiven Agenden (Demokratiskepsis), auch keineswegs nur in Protestbewegungen als Problem erfahren und bearbeitet. Vielmehr gilt gerade im Zeichen der inzwischen grundsätzlich unbestrittenen Nachhaltigkeitskrise (ökonomisch, sozial, politisch, ökologisch) für alle Teile der Gesellschaft: Je weiter sich moderne Individuen und Gesellschaften von den Normen der Emanzipation erster Ordnung befreien und entfernen, desto lautstärker müssen diese kompensatorisch artikuliert werden. Im gleichen Maße wie sich das Bewusstsein der Nicht-Haltbarkeit der bestehenden Ordnung und die gleichzeitige Entschlossenheit, diese Ordnung dennoch um jeden Preis zu verteidigen, verfestigen, steigt das gesamtgesellschaftliche Bedürfnis nach Diskursformen, in denen demokratische Werte – also das Bekenntnis zum Gegenteil, zur radikalen Alternative – kommuniziert und erlebbar gemacht werden können.

Entsprechend haben sich ganz verschiedene Typen des politischen Diskurses herausgebildet, die auf ihre je eigene Art und Weise einen Beitrag zur Bewältigung des postdemokratischen Paradoxes leisten. Orientiert an den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die im vorigen Abschnitt angesprochen wurden; oder besser: orientiert an den vier Dimensionen der Demokratieskepsis, die in Abbildung 1 zusammenfassend dargestellt sind, lassen sich vor allem vier Diskurstypen unterscheiden, die ganz verschieden voneinander sind, aber doch miteinander gemeinsam haben, dass sie jeweils gleichzeitig demokratische und antidemokratische Wertorientierungen bzw. Bedürfnisse bedienen. Dies sind die bereits angesprochenen populistischen Protestdiskurse (a), die entpolitizierenden Diskurse der öffentlichen Verwaltung (b), die neo-demokratischen und neo-sozialen *governance*-Diskurse (c), und schließlich die neo-marxistischen Revolutionsdiskurse (d).

(a) Die populistischen Protestdiskurse

... reagieren auf die wahrgenommene Marginalisierung der Bürger durch die institutionalisierte Politik bzw. die Herrschaft der Systemzwänge und betonen, wahlweise von rechts oder von links her kommend, den normativen Anspruch, dass die Bürgerschaft, das Volk, als der rechtmäßige Souverän der Ziel- und Angelpunkt aller Politik sein müsse. Sie politisieren die bestehende Ordnung und stellen sich dabei ausdrücklich jenseits der etablierten Politik, deren Institutionen und Personal sie als korrupt, inkompetent und ausschließlich machtzentriert kritisieren. Bei dem Versuch, dem rechtmäßigen demokratischen Souverän, der sich im Zuge der Modernisierung – zuletzt der Emanzipation zweiter Ordnung – heimlich verflüchtigt hat, ein Gesicht zu geben, arbeiten rechtspopulistische Bewegungen der Tendenz nach mit einer anti-egalitären und illiberalen Logik der Exklusion, linkspopulistische Bewegungen hingegen mit einer egalitär-libertären Logik der Inklusion. Gemeinsam ist beiden Varianten aber, dass sie für das demokratische Grundverspre-

chen der Volkssouveränität streiten und sich an der schwer wieder auszufüllenden Leerstelle im Zentrum der Demokratie abarbeiten. Weil sie kaum begrifflich, aber noch viel weniger in konkreten Interessen fassen und festhalten können, was das Volk (der Souverän), für das sie sich stark machen, eigentlich ist und will, kommunizieren sie vor allem im Modus der Implikation und tun sich schwer damit, sich zu verstetigen und den Schritt von *politics* zu *policy* zu bewältigen. Und gemeinsam ist den verschiedenen Varianten der populistischen Protestdiskurse schließlich auch, dass sie im politischen Mainstream reflexartige Abwehrreaktionen auslösen, die ihnen Irrationalität, thematische Beschränktheit und ideologische Verblendung vorwerfen. Diese Diskurse artikulieren Zweifel an der Demokratie, insofern sie die Eliten und die etablierten demokratischen Institutionen deutlich ablehnen. Sie bleiben aber der Demokratie verpflichtet, insofern sie die Norm der Volkssouveränität und das abstrakte Ideal einer *wahren* Demokratie vehement einfordern.

(b) Die entpolitizierenden Verwaltungsdiskurse

... reagieren auf die offensichtlichen Handlungs-, Steuerungs- und Effektivitätsprobleme der Politik, die sich im Zeichen der gesellschaftlichen Differenzierung, Internationalisierung und Beschleunigung von der bereits in den 1970er Jahren befürchteten *government overload* zu einer gerade in Krisensituationen unerträglichen *democratic paralysis* zuzuspitzen scheinen. Sie versprechen, Strategien der Entpolitizierung könnten das normative Vakuum füllen, das die politische Subjektivierung verursacht; die Besinnung und Konzentration auf objektive Notwendigkeiten sei der beste Weg, ein möglichst hohes Maß an politischer Handlungsfähigkeit zu sichern; und professionalisierteres, das heißt wissenschaftsgestütztes und expertengeleitetes *policy-making* maximiere nicht nur die Problemlösungsfähigkeit der Politik, sondern sei auch der Garant dafür, dass Politik sich auf das wahre Wohl der Gesellschaft insgesamt beziehe. In ihrem Glauben an *policy*

without politics sind diese Diskurse gewissermaßen das Gegenstück zu den Protestdiskursen, die umgekehrt bei *politics without policy* stehen bleiben. Die entpolitizierenden Verwaltungsdiskurse artikulieren Zweifel an der Demokratie, insofern sie nicht daran glauben, dass sich auf demokratischem Wege ein Gemeinwille oder Gemeinwohl feststellen lasse oder dass demokratische Verfahren geeignet seien, politische Ziele effizient und effektiv in die Praxis umzusetzen. Tatsächlich wird selbstbestimmte Bürgerbeteiligung hier vor allem als Hindernis und Störfeuer wahrgenommen. Gleichzeitig bedienen diese Diskurse aber doch auch demokratische Werte und Erwartungen, denn im Narrativ des *responsible government* sind nicht die Interessen bestimmter Eliten der normative Referenzpunkt, sondern das wohlverstandene Interesse der Bürgerschaft insgesamt, das von Experten festgestellte objektive Gemeinwohl. Zudem wird in den entpolitizierten Verwaltungsdiskursen auch davon ausgegangen, dass die Wahlbürger den Maßnahmen der Experten zumindest im Nachhinein und vom Ergebnis her betrachtet ihre Zustimmung verleihen werden, dass die expertengestützte Politik sich also zwar von der Verpflichtung auf *input-legitimacy* gelöst habe, aber doch zumindest demokratische *output-legitimacy* für sich in Anspruch nehmen kann.

(c) Die neo-demokratischen und neo-sozialen *governance*-Diskurse

... reagieren demgegenüber auf den Vorwurf, dass die Politik zum bloßen Ausführungsorgan abstrakter und alternativloser Notwendigkeiten verkommen sei und jeden Kontakt zu den Bürgern und ihren lebensweltlichen Sorgen und Bedürfnissen verloren habe. Sie betonen, dass die Bürger allemal im Mittelpunkt der Politik stünden, und dies nicht nur, insofern sie das Ziel aller politischen Anstrengungen seien, sondern auch im Verfahren als Akteur von zentraler Bedeutung seien. Dezentralisierte, flexible, partizipative Formen der *network* oder *stakeholder governance* werden als offene, bürgernahe, gleichberechtigte Beteiligungs- und Inklusionsoptionen für alle Teile der Gesellschaft

präsentiert. Demokratische Werte und Erwartungen werden hier also insofern gepflegt, als individuellen Bürgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen ernsthafte (Mit)Entscheidungs- und (Mit)Gestaltungsmacht in Aussicht gestellt werden und ihnen zugesichert wird, dass sie durch ihre Beteiligung wirklich etwas bewegen könnten. Gleichzeitig bleiben diese Diskurse grundsätzlich demokratischeskeptisch, denn die in ihnen gepriesenen Formen und Strukturen der Inklusion und Partizipation werden stets von oben definiert (designed) und kontrolliert (gesteuert), sind also immer ein systemstabilisierendes Instrument. Sie bieten keine Freiräume zur selbstbestimmten Herausbildung und Artikulation von neuen politischen Optionen, sondern zielen auf die Inklusion der Bürger in die bereits bestehende Ordnung und ihre Vereinnahmung als materielle und legitimations-sichernde Ressource. Gemeinsam mit den Verwaltungsdiskursen haben diese neo-demokratischen Diskurse also nicht nur, dass sie innerhalb des politischen Systems angesiedelt sind, sondern auch, dass sie auf Entpolitisierung und die Befriedung von Normenkonflikten zielen. Ihre Verfahren sind ausdrücklich integrations- und konsensorientiert.

(d) Die neo-marxistische Demokratiekritik

... schließlich ruft, bestärkt durch die Beobachtungen, dass die emanzipatorisch-partizipatorische Revolution der 1970er und 1980er Jahre die politische Ungleichheit keineswegs beseitigt, sondern vielmehr verstärkt hat und dass der inzwischen hegemonial gewordene Neoliberalismus die Demokratie heute vollständig in ein Instrument einer anti-egalitären und exklusiven Politik verwandelt hat, in Erinnerung, dass die Demokratie keineswegs ein Wert an sich und noch nie wirklich egalitär gewesen ist, sondern schon immer das politische Instrument des Bürgertums bzw. der privilegierten Mittelklasse. Als Organisationsform einer wahrhaft egalitären und die Autonomie des Subjekts verwirklichenden Politik sei die Demokratie heute weniger denn je geeignet: Spätestens wenn »our

enemy has taken over our language, our ideals,« müsse endgültig klar sein, dass die Demokratie nicht mehr die Lösung sein kann, sondern selbst Teil des Problems ist. An diesem Punkt werde Demokratie untauglich »as a language and frame for left political aspiration« (Dean, 2009a), und eine emanzipatorische Linke, die sich der wahren Freiheit und Gleichheit verpflichtet fühlt, müsse ihre »modes of dreaming« jenseits der Demokratie ganz neu erfinden (Dean, 2009b). Mit den populistischen Protestdiskursen hat diese neo-marxistische Kritik gemein, dass sie sich klar jenseits der institutionalisierten Politik verortet und die bestehenden Institutionen radikal infrage stellt, politisiert. Im Gegensatz zu den populistischen Protestdiskursen von rechts und links macht dieser intellektualistische Diskurs aber einen scharfen Unterschied zwischen der Norm des autonomen Subjekts auf der einen und der liberalen Demokratie auf der anderen Seite und insistiert, dass gerade um das autonome Subjekt retten und verwirklichen zu können, die liberale Demokratie überwunden werden müsse. Demokratischeskeptisch ist dieser Diskurs also insofern, als die liberale Demokratie hier als letztlich leeres Versprechen und Dienstmagd des Kapitalismus dargestellt wird. Gleichzeitig wird die Demokratie aber doch auch als notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Verwirklichung der wahren Autonomie, das heißt zur wahrhaft befreiten und gleichen Gesellschaft verstanden und wertgeschätzt.

5. Arbeitsteilig, aber gemeinschaftlich

Die in Abbildung 2 im Überblick dargestellten Diskurse bearbeiten also in ihrer je eigenen Weise die widersprüchliche Gleichzeitigkeit von zunehmender Demokratischeskepsis auf der einen Seite und radikalisierten Demokratieerwartungen auf der anderen. Sie verwalten das, was Ulrich Beck eher wolkig als die »Unlebarkeit« der Individualisierung und der Moderne überhaupt umschrieben hatte und was hier genauer als das *postdemokratische Paradox* bestimmt wurde. Ausgehend von der Beobachtung, dass

	populistischer Protest	professionelle öffentliche Verwaltung	neo-demokratische Governance	neo-marxistische Demokratiekritik
Problemwahrnehmung	Marginalisierung des demokratischen Souveräns durch institutionalisierte Politik bzw. die Herrschaft der Systemzwänge	Ineffizienz, Orientierungslosigkeit und mangelnde Handlungsfähigkeit der Politik	mangelnde Orientierung der Politik auf Bedürfnisse und Interessen der Bürger; Ausschluss der Bürger aus dem politischen Prozess	zunehmende Unfreiheit und soziale Ungleichheit trotz partizipatorischer Revolution
primäre Bezugsnorm	Volkssouveränität	politische Effizienz, d.h. Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit	konkrete Rechte, Werte und Bedürfnisse der Bürger	wahre Autonomie
demokratischeskeptisch	Ablehnung der etablierten Institutionen und ihres Personals	Zweifel an Demokratie-tauglichkeit der Bürger bzw. an Politik im Modus der Subjektivierung überhaupt	geringes Vertrauen in nicht gesteuerte und kontrollierte Verfahren	Demokratie ist weniger denn je geeignetes Mittel zur Verwirklichung wahrer Freiheit und Gleichheit
demokratischeaffin	Verteidigung des Selbstbestimmungsanspruchs des Volkes	zielt auf Gemeinwohl und aufgeklärtes Bürgerinteresse; Vertrauen auf <i>output-legitimacy</i>	flexible Verfahren der Bürgerbeteiligung und Inklusion; Suche nach <i>input-legitimacy</i>	Demokratie ist notwendiger Zwischenschritt

Abb. 2: Die diskursive Verarbeitung des postdemokratischen Paradoxes

ihre jeweils zentralen Akteure sich in der Regel wechselseitig als politische Gegner beschreiben, könnte man diese Diskurse als sich einander ausschließend und miteinander konkurrierend betrachten. Dem widerspricht allerdings, dass diese Diskurse tatsächlich gar nicht an natürlichen Personen orientiert sind, sondern jeweils um spezielle Normen bzw. die Wahrnehmung von Normverletzungen (*grievances*) kreisen, die sich nicht eins zu eins verschiedenen Akteuren zuordnen lassen. Vielmehr sind die Gleichzeitigkeit miteinander inkompatibler Wertepreferenzen und die hochgradig ambivalente Einstellung zur Demokratie ja gerade das unterscheidende Merkmal der postdemokratischen Konstellation – und zwar bei ganz verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Akteuren, diesseits und jenseits der Trennlinie zwischen Regierenden und Regierten. Angemessener scheint es daher, diese vier Diskursformen als komplementär zueinander zu verstehen, gewissermaßen als verschiedene Facetten einer umfassenden postdemokratischen Diskursformation. Sie artikulieren nicht etwa die Interessen oder Werte von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die

sie gegeneinander in Stellung bringen, sondern sie spielen als Gesamtkonfiguration, als Quartett, zusammen und bedienen arbeitsteilig aber doch gemeinschaftlich die komplexe Bedürfnislage der postdemokratischen Konstellation. Dabei leistet jeder Spieler einen Beitrag, den die jeweils anderen nicht leisten können; jeder vertritt eine besondere Perspektive, die zur Bearbeitung der postdemokratischen Bedürfnislage unverzichtbar ist. Das postdemokratische Diskursquartett fächert diese Bedürfnislage auf und bedient die untereinander inkompatiblen Dimensionen in jeweils eigenen diskursiven Arenen bzw. politischen *Themenparks* (Blühdorn, 2006).

Analytisch lassen sich die vier Diskurse erstens anhand der Dimension von Demokratie unterscheiden, die sie thematisieren: primäre Orientierung auf das *bottom-up* Verfahren und die *input*-Legitimität vs. auf das Ergebnis und die *output*-Legitimität. Zweitens unterscheiden sie sich in ihrem Verhältnis zur bestehenden institutionellen Ordnung: politisierend oppositionell vs. entpolitisierend systemkonform. Es ergibt sich so eine Vierermatrix, in der sich einerseits zwei überwiegend input-orientierte

	Fokus auf <i>bottom-up</i> Verfahren, <i>input</i> -Legitimität	Fokus auf Ergebnis, <i>output</i> -Legitimität
politisierend, oppositionell	Populistische Protestdiskurse <i>Wir sind der Souverän!</i>	neo-marxistische Revolutionsdiskurse <i>Wir kämpfen für wahre Autonomie!</i>
entpolitisiert, systemkonform	neo-soziale Governancediskurse <i>Wir nehmen die Bürger ernst!</i>	technokratische Managementdiskurse <i>Wir lösen Probleme!</i>

Abb. 3: Das postdemokratische Diskursquartett

und zwei überwiegend output-orientierte Diskursformen gegenüberstehen und andererseits zwei die bestehende Ordnung herausfordernde, politisierende, und zwei systemkonforme, entpolitisierte (vgl. Abb. 3). Für alle vier Diskurse ist, wie gesagt, das ausgeprägt ambivalente Verhältnis zu demokratischen Werten der Kristallisationspunkt, um den herum sie sich auf ihre je eigene Art und Weise konstituieren. Für die Bürger der postdemokratischen Konstellation und die Subjekte der entsprechenden Bedürfnislage ergänzen sich die diskursiven Arenen wechselseitig, indem sie jeweils bestimmte Wertepreferenzen artikulieren bzw. Werte erfahrbar machen, die sich im gleichen Akteur, in ein und derselben Person, widersprüchlich überlagern. Sie leisten die diskursive Bestätigung von Normen und Kategorien, die sich im Zuge der fortschreitenden Modernisierung, Subjektivierung und Emanzipation zweiter Ordnung gewissermaßen überlebt haben, die kontraproduktiv und zum Ballast geworden sind, die aber doch nicht aufgegeben werden können bzw. in abgewandelter Form sogar vehementer denn je eingefordert werden.

Dabei konzentrieren sich die populistischen Protestdiskurse auf die Idee des Volkes und seines Selbstbestimmungsrechts. In ihren Arenen werden das kollektive Subjekt, der kollektive Souverän, die Idee des einheitlichen Volkswillens erfahrbar gemacht, die im Zuge der Differenzierung, Individualisierung und Internationalisierung eigentlich an Bedeutung verloren haben und sogar zur Belastung geworden sind, die aber doch auch unverzichtbare Referenzpunkte bleiben. Die entpolitisierten *public management* Diskurse nehmen die voll ausdifferenzierte und individualisierte Gesellschaft

zum Ausgangspunkt, erneuern aber ebenfalls die Vorstellung, dass es ein wahres Gesamtinteresse und Gemeinwohl weiterhin gebe, das sich unter der Leitung von entsprechenden Fachexperten nicht nur verlässlich feststellen, sondern auch effizient und effektiv in der Praxis verwirklichen lasse. Die neo-demokratischen und neo-sozialen *governance*-Diskurse wiederum betonen, dass sowohl bei der Feststellung als auch bei der Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Zielsetzungen der einzelne Bürger, zivilgesellschaftliche Gruppen und die konkreten Interessen, Rechte und Bedürfnisse aller *stakeholder* der zentrale Referenzpunkt bleiben. Komplementär zur populistischen Inszenierung des Kollektivsubjekts wird in diesen Arenen also die politische Zentralität der vielfältigen Individualsubjekte zum Erscheinen gebracht. Und die neo-marxistischen Revolutionsdiskurse schließlich kultivieren ein Ideal der wahren Autonomie, dessen normative Implikationen für die Bürger der ausdifferenzierten und beschleunigten Moderne zwar längst zur Belastung geworden sind, das aber dennoch die Essenz des emanzipatorischen Projekts bleibt.

Arbeitsteilig, aber doch gemeinschaftlich halten diese verschiedenen Diskurse also erfahrbar, was in der postdemokratischen Konstellation gleichzeitig Versprechen und Bedrohung, Verheißung und Trauma ist. Gemeinschaftlich be- und verarbeiten sie das ambivalente Verhältnis moderner Gesellschaften zur Demokratie, indem sie jeweils verschiedene Zentralnormen der Demokratie zum Erscheinen bringen. Entscheidend ist dabei die These, dass die vier Spieler im postdemokratischen Diskursquartett weder jeweils die Interessen oder Werte von unterschiedlichen gesellschaft-

lichen Gruppen artikulieren noch auch wirklich gegeneinander spielen, sondern dass sie vielmehr als Gesamtconfiguration, als Quartett, die komplexe und widersprüchliche Bedürfnislage der postdemokratischen Konstellation verwalten. Sie entsprechen damit der Komplexität und Fluidität moderner Bürger, die zwischen den kommunikativen Arenen springen und auch parallel an miteinander inkompatiblen Diskursen teilnehmen können.

Die Analyse des postdemokratischen Diskursquartetts fächert also auf und konkretisiert, was ich an anderer Stelle zusammenfassend als diskursive Praktiken der Simulation bezeichnet habe. Sie vertieft sowohl das Verständnis des derzeitigen Erscheinungsbildes der Demokratie als auch ihrer Zukunftsperspektiven. Sie zeigt, dass die Rede von der Krise und vom Ende der Demokratie in die Irre geht, weil die nämlich den zentralen Punkt der demokratischen Ambivalenz verfehlt und den Blick auf die sich neu herausbildende Erscheinungsform der Demokratie verdunkelt. Wo sich die kritischen Sozialwissenschaften, statt dieser Ambivalenz und ihrer Bewältigung nachzugehen, darauf beschränken, für die Rückeroberung oder Wiederbelebung der Demokratie zu mobilisieren, werden sie selbst Teil des demokratischen Erlebnisparks. Sie kultivieren dann lediglich veraltete Annahmen und übersehen die Realität der *postdemokratischen Wende*. Vor allem aber lassen sie außer Acht, wie die Demokratie in ihrer Erscheinungsform als simulative zum zentralen Mittel der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit avanciert. Denn die simulative Demokratie stabilisiert und legitimiert eine gesellschaftliche Ordnung, die systematisch die soziale Ungleichheit und die Ausbeutung der Natur vorantreibt (Blühdorn, 2014). Sie organisiert die maximale Inklusion in die Politik fortschreitender Exklusion.

Literatur

- Bauman, Z. (2003). *Flüchtige Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Beck, U. (1993). *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Blühdorn, I. (2006). Self-Experience in the Theme Park of Radical Action? Social Movements and Political Articulation in the Late-modern Condition. *European Journal of Social Theory*, 9(1), 23–42.
Blühdorn, I. (2009). The Participatory Revolution: New Social Movements and Civil Society. In K. Larres (Hrsg.), *A Companion to Europe Since 1945* (S. 407–431). London: Blackwell.
Blühdorn, I. (2013a). *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.
Blühdorn, I. (2013b). The Governance of Unsustainability: Ecology and Democracy beyond the post-democratic turn. *Environmental Politics*, 22(1), 16–36.
Blühdorn, I. (2014). »Post-ecologist Governmentality: Post-democracy, Post-politics and the Politics of Unsustainability«. In E. Swyngedouw & J. Wilson (Hrsg.), *The Post-Political and its Discontents: Spaces of Depoliticisation, Specres of Radical Politics* (S. 146–166). Edinburgh: University Press.
Blühdorn, I. (2015). »A Much-needed Renewal of Environmentalism? Eco-politics in the Anthropocene«. In C. Hamilton, F. Gemenne & C. Bonneuil (Hrsg.), *The Anthropocene and the Global Environmental Crisis: Rethinking Modernity in a New Epoch* (S. 156–167). London: Routledge.
Burnham, P. (2001). New Labour and Politics of Depoliticisation. *British Journal of Politics and International Relations*, 3(2), 127–149.
Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Berlin: Suhrkamp.
Crozier, M., Huntington, S. & Watanuki, J. (1975). *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
Dean, J. (2009a). *Democracy and other neo-liberal Fantasies*. Durham, NC: Duke University Press.
Dean, J. (2009b). Politics without Politics. *Parallax*, 15(3), 20–36.
Dean, J. (2016). *Crowds and Party*. London: Verso.
Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Köln: Dietz Verlag.
Enquete-Kommission. (2013). *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages. Drucksache 13/300*. Berlin: Deutscher Bund.
Flinders, M. & Buller, J. (2006). Depoliticisation: Principles, Tactics and Tools. *British Politics*, 1, 293–318.
Foster, E., Kerr, P., Byrne, C. (2014). Rolling Back to roll forward: depoliticisation and the extension of government. *Policy & Politics*, 42(2), 225–241.
Frankenberg, G. (2014). Der Besuch der demokratischen Frage. Vortrag im Staatstheater Dresden, 2. September 2014.
George, S. (2004). *Another World is Possible If ...* London: Verso.

- Hay, C. (2007). *Why we hate politics*. Cambridge: Polity.
- Hogan, M. (2007). Anti-Political Sentiment in contemporary liberal democracies. *Australian Review of Public Affairs*, 8(1), 1–18.
- Hoppe, H. H. (2003). *Demokratie. Der Gott, der keiner ist*. Waltrop: Manuscriptum.
- Inglehart, R. & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change and Democracy: The Human Development Sequence*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jackson, T. (2011). *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: Oekom Verlag.
- Jonas, H. (1984). *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kaase, M. (1982). Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In J. Rachke (Hrsg.), *Bürger und Parteien: Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung* (S. 173–189). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- King, A. (1975). Overloaded: Problems of governing in the 1970s. *Political Studies*, 71(2), 167–176.
- Laclau, E. & Mouffe, C. (2014). *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London: Verso.
- Luhmann, N. (1996). *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mair, P. (2006). Ruling the Void? The hollowing of Western democracy. *New Left Review*, 42(1), 25–51.
- Meyer, H. & Kellermann, C. (2013). *Die gute Gesellschaft: Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp.
- Middlemiss, L. (2014). Exploring late-modern identity and Sustainable Development. *Environmental Politics*, 23, 929–946.
- Miegel, M. (2010). *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*. Frankfurt/M.: Propyläen.
- Mouffe, C. (2011). Democracy in Europe: The Challenge of Right-wing Populism. URL: http://www.cccb.org/res_gene/mouffe.pdf (Stand: 23.04.2016).
- Mouffe, C. (2014). Populism is a necessity. URL: <http://en.theeuropean.eu/chantal-mouffe-3/7859-fighting-right-wing-populism-in-europe> (Stand: 23.04.2016).
- Müller-Rommel, F. & Poguntke, Th. (Hrsg.). (1995). *New Politics*. Aldershot: Dartmouth.
- Nussbaum, M. (1998). *Gerechtigkeit oder das gute Leben*. Berlin: Suhrkamp.
- Paech, N. (2012). *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom Verlag.
- Rancière, J. (1992). *On the Shores of Politics*. London: Verso.
- Rancière, J. (2011). *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August Verlag.
- Randers, J. (2012). *2052. Der neue Bericht an den Club of Rome*. München: Oekom Verlag.
- Schlosberg, D. & Coles, R. (2015). The new environmentalism of everyday life: Sustainability, material flows and movements. *Contemporary Political Theory*, 30, Juni 2015, 1–22. URL: <http://www.palgrave-journals.com/cpt/journal/v15/n2/full/cpt201534a.html> (Stand: 23.04.2016).
- Shearman, D. & Smith, J. W. (2007). *The Climate Change Challenge and the Failure of Democracy*. Westport CT: Praeger.
- Soper, K. (2007). Re-thinking the good life. The citizenship dimension of consumer disaffection with consumerism. *Journal of Consumer Culture*, 7(2), 205–229.
- Soper, K. (2008). Alternative hedonism, cultural theory and the role of aesthetic revisioning. *Cultural Studies*, 22(5), 567–587.
- Streeck, W. (2011). The crises of democratic capitalism. *New Left Review*, 71, 5–29.
- Streeck, W. (2014). How will capitalism end? *New Left Review*, 87, 35–64.
- Swynedouw, E. & Wilson, J. (Hrsg.). (2015). *The Post-Political and its Discontents: Spaces of Depoliticisation, Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Westra, L. (1998). *Living in Integrity. A global Ethic to Restore a Fragmented Earth*. Lanham, MA: Rowman & Littlefield.
- Wood, M. & Flinders, M. (2014). Rethinking depoliticisation: beyond the governmental. *Policy & Politics*, 42(2), 151–170.

Der Autor

Ingolfur Blühdorn, Prof. Dr., promovierte an der University of Keele in Großbritannien und lehrte seit 1995 an der University of Bath Politik und Politische Soziologie. Als Professor für Soziale Nachhaltigkeit leitet er heute das »Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)« an der Wirtschaftsuniversität in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen (a) politische Theorie, insbesondere öko-politische Theorie und Demokratietheorie, (b) Gesellschaftstheorie, insbesondere Kritische Theorie und Systemtheorie, sowie (c) Bewegungsforschung.

Kontakt

Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn
 Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)
 Wirtschaftsuniversität Wien
 Welthandelsplatz 1
 A-1020 Wien
 E-Mail: ingolfur.bluehdorn@wu.ac.at